

Deutscher Bundestag  
Ausschuss f. Gesundheit

Ausschussdrucksache  
**20(14)154(20)**  
gel. VB zur öffent. Anh. am  
06.11.2023 - Cannabis  
01.11.2023



Deutscher Bundestag  
Ausschuss für Gesundheit  
  
Frau Kirsten Kappert-Gonther  
  
Platz der Republik 1  
  
11011 Berlin

Deutsche Gesellschaft für Suchtmedizin e.V.  
Martinistraße 52  
20246 Hamburg  
Geschäftsstelle:  
c/o Center for Clinical Innovation in Addiction  
Research gUG (haftungsbeschränkt)  
Wiesbadener Str. 43  
70372 Stuttgart  
[info@dgsuchtmedizin.de](mailto:info@dgsuchtmedizin.de)  
Tel.: +49 (0) 711 252 967 02  
dgsuchtmedizin.de

## Stellungnahme der Deutschen Gesellschaft für Suchtmedizin zum Referentenentwurf des Cannabisgesetz CanG

Sehr geehrte Frau Dr. Kappert-Gonther

Vielen Dank für die Möglichkeit ...

Positiv: Gesetz enthält Ansätze zur Entkriminalisierung von Konsumenten. Außerdem wird der Versuch unternommen, den illegalen Markt von Cannabinoiden zu reduzieren ... und Cannabisprodukte ohne Verunreinigungen oder Beimengungen etwa von synthetischen Cannabinoiden zum Konsum in kontrolliertem Rahmen und unter Regeln zu gestatten.

Außerdem ist hervorzuheben, dass Cannabinoide nicht auf einem gewinnorientierten „freien Markt“ angeboten werden, wie dies in einigen Bundesstaaten der USA stattgefunden hat. Dieses hätte, soweit bekannt, negative Folgen, wie z.B. die Kontrolle des THC-Gehalts, die Preisgestaltung und damit auch das Ausmaß eines illegalen Marktes.

Präventionsmaßnahmen (wie in §8 des Entwurfes) sind vorgesehen. Allerdings sollte ...

- ➔ Kritik: Prävention sollte lokal und vor-Ort stattfinden. Dies ist durch eine „zentrale Institution“ wie die BzGA (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, wie in wie in § 8 des Entwurfes geplant) nicht zu leisten, die eher Informationsmaterial über eine

„digitale Plattform“ zu Verfügung stellen kann .  
Außerdem sollte eine Präventionsarbeit als Verhaltens- und Verhältnisprävention generalpräventiv im Zusammenhang mit allgemeiner Prävention (psychische Gesundheit sowie Umgang mit Alkohol und Drogen) bereits in Grundschulen lokal (auf der Ebene der Gemeinden oder der Landkreise) durchgeführt werden. Dafür sind aber weder relevante Institutionen benannt noch adäquate Geldmittel vorgesehen.

- ➔ Bedauerlicherweise ist zu erwarten, dass die Zahl der Personen mit Intoxikationen bzw. Intoxikationspsychosen nach einer, wie im Gesetz vorgesehenen „kontrollierten Freigabe“, deutlich zunimmt (Hall und Lynskey 2020 sowie Manthey et al 2023). Dies führt zu häufigeren Kontakten mit dem Hilffssystem und wahrscheinlich zu einer höheren Rate von Hospitalisierungen, wie dies für verschiedene Staaten gezeigt werden konnte, die ihren gesellschaftlichen Umgang mit Cannabinoiden in Richtung einer Liberalisierung geändert haben (Manthey et al 2023).
- ➔ Das Suchthilfe- und psychiatrische Versorgungssystem ist bereits jetzt aus vielfältigen Gründen be- und unterlastet. Eine zusätzliche Versorgung von Personen mit cannabisbezogenen Störungen sollte dazu führen, das ambulante und stationäre Hilffsystem (etwa durch eine garantierte Finanzierung von Suchtberatungsstellen) oder eine finanzielle und administrative (Bürokratie) Besserstellung der suchmedizinisch-psychiatrischen ambulanten oder stationären Versorgung gefördert oder stabilisiert wird. Leider sind für Therapie und auch Forschung in diesen Bereichen keine Mittel oder Festlegungen im Gesetz zu finden.
- ➔ Umfassende Erforschung der Folgen eines anderen Umgangs (nach CanG) mit Cannabinoiden um mit möglichen positiven und negativen Aspekten nach Inkrafttreten des CanG gesellschaftlich umzugehen, ist eine umfassende Erhebung zu unterschiedlichen Aspekten indiziert. So sollten z.B. die Rate der Cannabiskonsumenten, Cannabiskonsumstörungen aber auch die Einhaltung der im CanG festgesetzten Regeln und Vorschriften wie auch der THC-Gehalt der abgegebenen Pflanzen und Produkte und das Ausmaß des Konsums unter Minderjährigen und des illegalen Marktes von unabhängiger Seite (unabhängige Forschungsinstitute) systematisch erfasst werden. Um Vergleiche zu den Folgen des

Deutsche Gesellschaft für Suchtmedizin e.V.  
Martinistraße 52  
20246 Hamburg  
Geschäftsstelle:  
c/o Center for Clinical Innovation in Addiction  
Research gUG (haftungsbeschränkt)  
Wiesbadener Str. 43  
70372 Stuttgart  
[info@dgsuchtmedizin.de](mailto:info@dgsuchtmedizin.de)  
Tel.: +49 (0) 711 252 967 02  
[dgsuchtmedizin.de](http://dgsuchtmedizin.de)



CanG zu ermöglichen, sollten Basiserhebungen zu verschiedenen dieser Aspekte bereits vor dem Inkrafttreten des Gesetzes stattfinden und entsprechende Forschungsmittel bereitgestellt werden.

Deutsche Gesellschaft für Suchtmedizin e.V.  
Martinstraße 52  
20246 Hamburg  
Geschäftsstelle:  
c/o Center for Clinical Innovation in Addiction  
Research gUG (haftungsbeschränkt)  
Wiesbadener Str. 43  
70372 Stuttgart  
[info@dgsuchtmedizin.de](mailto:info@dgsuchtmedizin.de)  
Tel.: +49 (0) 711 252 967 02  
[dgsuchtmedizin.de](http://dgsuchtmedizin.de)

„Gemeinsame Stellungnahme der Suchtfachgesellschaften und der DHS zur kontrollierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu Genusszwecken in lizenzierten Geschäften“

[https://www.dhs.de/fileadmin/user\\_upload/pdf/dhs-stellungnahmen/Gemeinsames\\_Positionspapier\\_zur\\_Cannabisregulierung.pdf](https://www.dhs.de/fileadmin/user_upload/pdf/dhs-stellungnahmen/Gemeinsames_Positionspapier_zur_Cannabisregulierung.pdf)

[Assessing the public health impacts of legalizing recreational cannabis use: the US experience - PubMed \(nih.gov\)](#)

Hall W, Lynskey M. World Psychiatry. 2020 Jun;19(2):179-186.

Manthey J, Hayer T, Jacobsen B, Kalke J, Klinger S, Rehm J, Rosenkranz M, Verthein U, Wirth M, Armstrong M, Myran D, Pacula R, Queirolo R, Zobel F (2023) TECHNICAL REPORT Effects of legalizing cannabis.

[https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/5\\_Publikationen/Drogen\\_und\\_Sucht/Abschlussbericht/ECaLe\\_Technical\\_Report.pdf](https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/5_Publikationen/Drogen_und_Sucht/Abschlussbericht/ECaLe_Technical_Report.pdf)